

Countdown zum Untergang?

Zerstörung durch die neoliberale Ökonomie bereits fortgeschritten

Was ist Neoliberalismus?

Kurz gesagt: unregelte Märkte, in denen jeder seinen Interessen nachgehen kann. Der Staat sollte nicht mehr mächtig sein und durch seinen Rückzug aus der Verantwortung für seine Bürger den freien Markt stärken. Die Spekulationen auf dem Finanzsektor seien danach gewollt und deren Folgen gut. Die dadurch entstehende Ungleichheit zwischen Arm und Reich ebenfalls. Durch den Neoliberalismus würde die Menschheit in ihrem natürlichen rücksichtslosen Zustand bleiben und sich in einem brutalen Wettbewerb bekämpfen. Wer sich durchsetzt, ist eben der Beste und Härteste. Nachdem die britische Premier-

Wie ist das Ansehen des Neoliberalismus entstanden?

ministerin Thatcher in den späten 70ern des vorigen Jahrhunderts den neoliberalen Gedanken in ihre Politik einbrachte und damit den amerikanischen Präsidenten Reagan begeistern konnte, begann in den hochentwickelten Industrieländern des Westens eine Art Wettlauf zwischen den Staaten, wer am schnellsten solche

Ideen umsetzen konnte. Dann geschah etwas, was zuvor kaum denkbar war. In den letzten 15 Jahren hat es einen potentiellen

Entwicklungsschub in der Informationstechnologie

Entwicklungssprung in der IT gegeben. Dieser Entwicklungsschub hatte direkte Auswirkung auf die Allmacht der Ökonomie. Niemand außerhalb der neoliberalen Welt wollte die Warnrufe von alternativen Ökonomen wahrhaben. Es gab Warnungen in Hülle und Fülle vor der Tatsache, dass eben dieses ungehemmte Wachstum zu einer nie dagewesenen Ungleichheit zwischen Arm und Reich führen würde. Nun ist es soweit, diese Ungleichheit führt zu den unterschiedlichsten Reaktionen. Anstieg des Nationalismus mit dem Anwachsen der Zahl der faschistischen Parteien und Rechtspopulisten, Krieg in Syrien und Irak mit Aufstieg des IS, Brexit, Uneinigkeit innerhalb der EU mit der Gefahr des Auseinanderbrechens. Die Wahl Trumps zum US-Präsidenten und der Beginn des Handelskrieges, das Ausscheren der italienischen Regierung aus reiner Not aus der

Austeritätspolitik.

Den Staatsschulden in der Bundesrepublik in Höhe von z.Zt. ca 2054 Mrd Euro stehen dem obersten 10% der Deutschen ca. 9100 Mrd. an Vermögen gegenüber. Kommentar der Politik „alternativlos“.

Die Unwilligkeit und Unfähigkeit der Politik, das Missverhältnis zu mildern sind zwei der wichtigsten Gründe für eine wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung. Doch Politik scheint sich nicht darum zu kümmern.



CSU 37,2%



Syrizas Ende

Bei der letzten Wahl in Griechenland gewann die aus der Not herausgeborene linke Bewegung „Syriza“ die Wahlen. Voller Hoffnung hatte die Mehrheit der Griechen diese linke Bewegung in die Regierungsverantwortung gewählt. Man wollte die Armut im Lande nicht länger hinnehmen, nachdem die Banken sich vorher verzockt hatten und mit Milliarden gestützt werden mussten. Der Staat Griechenland taumelte in den Staatsbankrott. Doch WTO und Weltbank machten der Syriza-Regierung schnell klar, wer hier das Sagen hatte. Der Neoliberalismus hatte ein neues Opfer,

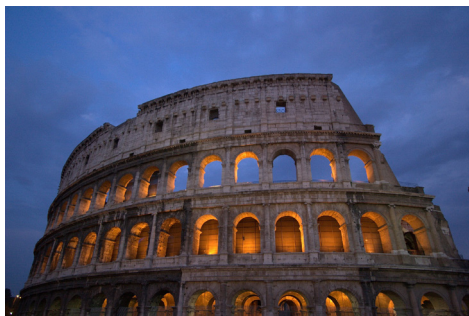
einen Staat, der seine Bevölkerung nicht schützen konnte. Seit dieser Zeit wurden die Einkommen der Griechen um ca. 35% gesenkt, was viele in die absolute Verarmung brachte. Die Renten wurden dadurch so stark gekürzt, dass es viele Rentner ohne Hilfe ihrer Familien nicht mehr schaffen zu überleben. Syriza hatte einen ehrenhaften, aber von vorneherein aussichtslosen Kampf gegen die Sparpolitik, die ihnen von der WTO aufgegeben wurden, geführt. Griechenland zeigt, dass ein Kampf gegen diesen Moloch „neoliberale Ökonomie“ allein nicht zu gewinnen ist.

Das italienische Drama oder wie sich ein Staat selbst zerlegt



Kommentar
von
Joachim F. Gogoll
www.joachim-gogoll.de

Wie sehr die Ökonomie einen Staat im Griff hat, wird deutlich, wenn man sich die italienische Staatsverschuldung vornimmt. Die rechtspopulistische Regierung in Italien, gebildet aus der Lega Nord und der 5 Sterne Bewegung stand nach ihrem Wahlerfolg vor einer unlösbaren Aufgabe, die Versprechen aus dem letzten Wahlkampf und die reale Politik in Einklang zu bringen. Fakt ist, dass Italien seit der Bankenkrise im Jahr 2008 (Lehman Pleite) ständig mehr Verschuldung seines Haushaltes zugelassen hat. Zur Rettung der italienischen Banken musste die damalige Regierung 110 Mrd Euro aufbringen. Das war der seit 2008 größte Betrag, um den die italienische Staatsverschuldung stieg. Die nachfolgenden Regierungen schafften es zwar nicht, die Verschuldung zu vermindern, wie es ihnen die WTO und die EU vorgeschrieben hatten, dennoch hatte sich die jährliche Summe der Neuverschuldung seit 2014 fast halbiert.

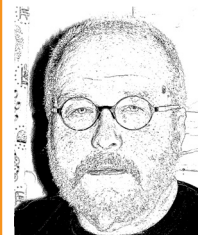


Seit 2008 stieg diese Summe von ca. 1670 Mrd Euro auf jetzt 2283 Mrd. Die neue italienische Regierung will nun die Nettoneuverschuldung erhöhen von 1,6% auf 2,4% pro Jahr. In den letzten Wochen stiegen aufgrund der beabsichtigten Erhöhung der Staatsverschuldung die Rendite italienischen Staatsanleihen bei zehnjährigen Schuldverschreibungen von 2,9% auf 3,17%. Diese auf den ersten Blick geringfügige Steigerungsrate macht aber den „Spread“, also den Abstand

zu deutschen Staatsanleihen so groß, dass sich dadurch die Schuldenaufnahme für den italienischen Staat erheblich verteuert. Für den italienischen Ministerpräsidenten Di Maio, der sich eigenen Angaben nach nicht mit der EU anlegen will, bedeutet die Erhöhung der Neuverschuldung von 2,4% auch eine zusätzliche Investitionssumme von 15 Mrd Euro, Geld das die italienische Regierung dringend für Infrastrukturmaßnahmen braucht. Das ist das Dilemma. Eine Erhöhung der Neuverschuldung bringt den Staat auf der einen Seite an den Rand der Handlungsunfähigkeit und brächte ihm gleichzeitig die Möglichkeit, dringend benötigtes Geld für Investitionen zu generieren.

In Folge der weltweit herrschenden neoliberalen Ökonomie, die sich einen schwachen Staat wünscht, ist Italien ähnlich wie andere Staaten in der Situation, dass dringend benötigte Steuereinnahmen wegbleiben. Die Folgen sind spürbar, steigende Armut und fehlende Möglichkeiten des Staates, sich um das Wohlergehen seiner Menschen zu kümmern, weil die Gelder fehlen. Trotzreaktionen der Menschen bei den Wahlen sind die Folge. Sie wählen ohne die Parteiprogramme von Parteien wie der AfD zu kennen, eben diese Parteien und stärken damit die Demokratiefeinde.

Neoliberale Ökonomie zerstört die Demokratien? Haben wir alternativen Ökonomie das nicht schon mal gesagt? Aber klar. Das war 2006, 2007, 2008, 2012, 2013, 2016, 2017, 2018. Nur geglaubt hat man uns nicht. Dafür wurde immer behauptet, diese Ökonomie sei „alternativlos“. Wer sagte das noch immer? Ach ja, das war Mutti. Aber nicht nur die. Da waren noch selbsternannte „Experten“. Meist irgendwelche C-Prominente, bekannt durch Funk und



Fernsehen. Meist in den Talkrunden im TV, wo man wehrlos ihre gedanklichen Ergüsse aufnehmen musste, nur um dann zum wiederholten Male festzustellen, dass sie entweder auf der Lohnliste irgendwelcher Arbeitgeberverbände stehen oder aber von Ökonomie nur begrenztes Wissen haben, da sie selbst „nur“ Betriebswirte oder Kaufleute sind. Bekanntlicherweise können sich diese Damen und Herren kaum vorstellen, dass zur Beurteilung von Ökonomien Volkswirte oder Ökonomen nötig sind, da diese im Unterschied zu Betriebswirten Volkswirtschaft studiert haben. Auf der Seite der Pseudoexperten agieren immer auch die Moderatorinnen MaischWillner. Auffällig ist in deren Schuldzuweisungsrunden, dass Kritiker der neoliberalen Mainstream Ökonomie selten bei ihren Beiträgen ausreden dürfen. Zumindest immer dann, wenn diese Kritiker wie die Professoren Hickel, Flassbeck und Bontrup mit ihrer Argumentation die alles zerstörende neoliberale Ökonomie in die Enge treiben. Dann wird ohne Rücksicht einfach unterbrochen, um durch unverfängliche Fragen von der Attacke gegen die falsche Ökonomie abzulenken. Das hatte bisher großen Erfolg. Man vergaß nur bei den Fernsehanstalten, dass selbst der Dummste unter den Zuschauern irgendwann mal bemerken musste, dass er selbst bedroht ist, in den sozialen Abstiegsstrudel zu geraten.

Nun ist das eingetreten, was jeder, der sich für Geschichte interessiert, weiß, dass in Deutschland in Krisensituationen nicht links, sondern eher rechts gewählt wird. Das war 1932 so und es wiederholt sich jetzt auf erschreckende Weise. Der enttäuschte Wähler, der Abgehängte oder einfach nur die Verzweifelten wählen jetzt in Teilen die AfD in der Hoffnung, dass diese rechtsnationale, teilweise rassistische und nationalistische Partei ihnen, den vermeintlich Entrechteten zu mehr Hilfe und Ansehen verhelfen würde. Diese Protestwähler haben offensichtlich keine Ahnung davon, was lt. Programm der AfD für sie, die Abgehängten im Falle einer Regierungsübernahme durch die Rechtspopulisten vorgesehen ist. Die marktradikale FDP ist dagegen ein Waisenkind. Jetzt rächt sich, dass die etablierten Parteien die wachsende Wählerwut nicht erkannt haben. Die Demokratie auch bei uns ist in Gefahr.

Mindestlöhne und Börsenumsatzsteuer

**Von jetzt an werde ich nur
soviel ausgeben, wie ich ein-
nehme - und wenn ich mir Geld
dafür borgen muss.**

Mark Twain, US-amerikanischer
Schriftsteller

Impressum

Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE

Redaktionsanschrift

Büro:

Detmolder Straße 9

45896 Gelsenkirchen

E-Mail:

info(at)joachim-gogoll.de

www.joachim-gogoll.de

Der Staat, also wir, benötigen dringend Geld, um notwendige Investitionen für die Zukunft zu tätigen. Dafür sind unter anderem auch Steuern zu erheben und zwar bei denen, die bisher weitestgehend verschont geblieben sind. Der Nachholbedarf in Deutschland ist groß. Den größten Steueranteil hat hier der sog. Mittelstand. Unternehmen, Vermögende und Spekulanten werden meist verschont. Es geht nicht an, dass Unternehmen, deren Mitarbeiter die Produkte erzeugen oder verkaufen, ihre Angestellten und Arbeiter mit einem Hungerlohn abspesen, dafür dann ihre Vorstände oder Inhaber mehr als fürstlich entlohnen. Es gibt etwa 12000 Börsenspekulanten, die weltweit durch ihre Aktionen Milliardenbeträge erwirtschaften und dafür keine Steuern zu zahlen brauchen. Eine Börsenumsatzsteuer würde allen Staaten einen fairen Anteil an diesen Spekulationsgewinnen bringen.